

Auszug aus dem Protokoll

Sitzungsdatum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
26.02.2020	6	15	241	00.06.04

Motion Beat Koch (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Gemeinsam gegen den Klimawandel: Informationsoffensive der Gemeinde zur CO₂-Reduktion in Zollikofen"; Erheblicherklärung

Ausgangslage

Am 16. Oktober 2019 wurde folgende Motion eingereicht:

Erstunterzeichner/in: Beat Koch (GFL)

Mitunterzeichnende: Andreas Buser (glp), Patrick Heimann (FDP), André Tschanz (EVP), Marceline Stettler (parteilos/GFL), Bruno Vanoni (GFL), Michael Fust (SP), Fritz Pfister (parteilos/SVP), Peter Kofel (GFL)

"Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, folgende Massnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses und damit zur Bekämpfung des Klimawandels umzusetzen:

- 1. Die Gemeinde informiert die Bevölkerung regelmässig und umfassend bezüglich der Problematik des Klimawandels, der Notwendigkeit der Vermeidung des CO₂-Ausstosses und der Handlungsmöglichkeiten in Zollikofen. Im Besonderen sollen Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer nicht erst bei einer allfälligen Baueingabe mit der Thematik des klimaverträglichen Bauens und Sanierens konfrontiert werden.*
- 2. Die Gemeinde motiviert Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, sich frühzeitig von der regionalen Energieberatungsstelle der RKBM (Regionalkonferenz Bern-Mittelland) beraten zu lassen. Die Gemeinde übernimmt die Kosten einer einmaligen Beratung vor Ort¹ durch die Energieberatungsstelle. Sie verweist zudem auf Förderprogramme (Gebäudeprogramm) sowie die Möglichkeiten der Energieproduktion durch Solaranlagen².*

¹ *Im Moment sind dies pauschal Fr. 100.00 für Ein- und Zweifamilienhäuser, Reihenhäuser und Wohnungen; Fr. 150.00 für Mehrfamilienhäuser.*

² *Zum Beispiel Solargenossenschaft Zollikofen, Solarrechner von Energie Schweiz und dem EWZ, Stromallmend.*

Begründung

Der durch den Ausstoss von CO₂ verursachte Klimawandel ist ein schwerwiegendes und anerkanntes Problem. Ein ungebremsster Klimawandel hat negative Konsequenzen für jede und jeden Einzelnen von uns und vor allem auch für die nächsten Generationen.

Die Schweiz hat sich mit der Ratifizierung des Klimaabkommens von Paris zu Massnahmen verpflichtet, um die globale Klimaerwärmung auf maximal 1.5 °C gegenüber der vorindustriellen Zeit begrenzen zu helfen. Der Grosse Rat des Kantons Bern hat am 4. Juni 2019 in einer «Erklärung zur Klimapolitik» namentlich die Gemeinden, aber auch Unternehmen und Privatpersonen aufgerufen, «die vorhandenen Möglichkeiten und rechtlichen Freiräume zu verstärkten Anstrengungen im Klimaschutz zu nutzen.» Am 28. August 2019 hat der Bundesrat entschieden, dass die Schweiz ab dem Jahr 2050 unter dem Strich keine Treibhausgasemissionen mehr ausstossen soll («Netto Null CO₂-

Emissionen bis 2050»). Folglich dürfen auch in Zollikofen spätestens 2050 keine fossilen Brennstoffe mehr verbrannt werden, wobei gilt: Je früher dieses Ziel erreicht wird, desto besser.

Im Moment gibt es keine gesetzlichen Grundlagen, die eine Neuinstallation von Öl- und Gasheizungen bzw. deren gleichwertigen Ersatz verbieten. Die aktive Information ist deshalb die einzige Möglichkeit, Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer von der Notwendigkeit der Installation von Heizsystemen mit erneuerbaren Energiequellen zu überzeugen.

Gemäss Richtplan Energie waren 2014 in Zollikofen rund 1000 Heizkessel installiert. Wenn man davon ausgeht, dass diese in den nächsten 30 Jahren alle ersetzt werden müssen, werden pro Jahr 30 bis 35 Heizungsinstallationen durchgeführt werden. Falls alle Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer eine Energie-Erstberatung in Anspruch nehmen und die Kostenübernahme durch die Gemeinde beantragen würden, entstünden jährliche Kosten von CHF 3000 bis CHF 5000.

Diese Motion ist durch die überparteiliche Klimagruppe des GGR Zollikofen erarbeitet worden und ist deshalb breit abgestützt."

Antwort

Formelles

Bei der vorliegenden Motion handelt es sich um eine sogenannte Richtlinienmotion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats gemäss Art. 49 Absatz 2 der Gemeindeverfassung und Art. 35 Absatz 2 und 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats. Der Gemeinderat hat bei Richtlinienmotionen einen recht grossen Spielraum in der Umsetzung. Entscheid und Verantwortung bleiben beim Gemeinderat.

Die Abschreibung erfolgt nach der Behandlung des vorliegenden Berichts gemäss Art. 35 Abs. 3 des Geschäftsreglements des Parlaments stillschweigend (ohne formellen Parlamentsbeschluss).

Allgemeines

Der Gemeinderat hat bereits im Rahmen der schlussendlich zurückgezogenen Motion "Netto Null CO₂-Emissionen in Zollikofen bis 2050" grundsätzlich Stellung zur Thematik Klimawandel und CO₂-Reduktion bezogen:

"Der Gemeinderat anerkennt die Bestrebungen, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Er agiert auf Gemeindeebene mit diesem Bewusstsein. Der konkrete Handlungsspielraum der Gemeinden in Sachen Klimapolitik ist aber beschränkt. Verbindliche Regelungen und Vorschriften sind in erster Linie die Angelegenheit von Bund und Kantonen."

Die zwei Motionsforderungen sind Massnahmen, die kommunal umgesetzt werden können.

Zu Massnahme 1

Der Gemeinderat hat sich bereits mehrfach in jüngerer Vergangenheit für eine verstärkte Information der Bevölkerung in den Bereichen Energie – Umwelt – Klima ausgesprochen und festgehalten (Richtplan Energie – Massnahmeblatt M13, Umweltwegweiser, Massnahmeprogramm Energiestadt 2019-2022). In den Jahren 2018/2019 sind bereits entsprechende Anstrengungen in diese Richtung (MZ-Artikel-Serie, Informationsveranstaltung) unternommen worden. Die Aktivitäten werden aber ab 2020 noch verstärkt (z. B. regelmässige Information über die Existenz der regionalen Energieberatungsstelle und deren Dienstleistungen).

Zu Massnahme 2

Bei der regionalen Energieberatung Bern-Mittelland erhalten Privatpersonen kostenlos eine telefonische oder schriftliche Erstberatung. Am Standort dieser Beratungsstelle in Bern ist die Beratung ebenfalls kostenlos. Für eine Besichtigung des Objekts und das Ausstellen eines Beratungsberichts belaufen sich die Kosten auf Fr. 100.00 für Ein- und Zweifamilienhäuser, Reihenhäuser und Wohnungen sowie für Mehrfamilienhäuser auf Fr. 150.00.

Die Bauverwaltung verweist auf Anfrage auf diese Dienstleistung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland. Zudem finden sich entsprechende Informationen auf der Website der Gemeinde. Die kostenlose Beratung wurde in den vergangenen Jahren folgendermassen beansprucht:

2015: 10 / 2016: 4 / 2017: 15 / 2018: 15 / 2019: 7.

Diese Zahlen zeigen, dass das Angebot nicht stark genutzt wird und möglicherweise noch zu wenig bekannt ist. Der Gemeinderat ist daher bereit, das Anliegen der Motion im Grundsatz umzusetzen

und für Erstberatungen vor Ort die Hälfte der Kosten zukünftig zu übernehmen. Die andere Hälfte ist durch den Eigentümer zu tragen. Als Annahme wird davon ausgegangen, dass nicht mehr als 30 Beratungen in Anspruch genommen werden. Dies entspricht einer Verdoppelung gegenüber den heutigen Zahlen. Die nötigen Mittel von total Fr. 1'500.00 werden mit dem Budget 2021 beantragt.

Antrag Gemeinderat

Die Motion Beat Koch (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Gemeinsam gegen den Klimawandel: Informationsoffensive der Gemeinde zur CO₂-Reduktion in Zollikofen" wird erheblich erklärt.

Beratung

GGR-Präsident Samuel Tschumi (SVP): Das Eintreten ist vorgegeben, die Antwort des Gemeinderats liegt vor.

Beat Koch (GFL): Ich vertrete die Motion im Namen der überparteilichen Klimagruppe von Zollikofen. Vertreter der EVP, FDP, GFL, GLP, SP und SVP haben diese Motion zusammen entworfen und unterzeichnet. Wir bedanken uns für die ausführliche Antwort des Gemeinderats und sind froh, dass er unser Anliegen bezüglich der frühzeitigen Information von Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern grundsätzlich unterstützt und die Motion zur Annahme empfiehlt.

Der einzige kleine Wermutstropfen ist, dass die Gemeinde nur die Hälfte der Beratungskosten übernehmen will. Wir finden, dass der dadurch entstehende bürokratische Aufwand unverhältnismässig ist. Zudem befürchten wir, dass der Anreiz, eine Beratung in Anspruch zu nehmen, dann doch nicht gross genug ist. Wir bitten deshalb den Gemeinderat, diesen Punkt zu überdenken und die vollen Kosten zu übernehmen, falls die Motion angenommen wird. Wir sagen Merci vielmals im Voraus für die Unterstützung dieses Vorstosses und bitten euch, die Motion erheblich zu erklären.

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Bei der vorliegenden Motion handelt es sich um eine sogenannte Richtlinienmotion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich vom Gemeinderat. Ergänzend zu den schriftlichen Inhalten nehme ich gerne noch mündlich Stellung dazu, im Namen des Gemeinderats.

Punkt 1 wird vollumfänglich vom Gemeinderat unterstützt, wir wollen die Bevölkerung in den Bereichen Energie – Umwelt – Klima noch vermehrt informieren. Eine regelmässige Information über die regionale Energieberatungsstelle und ihre Dienstleistungen macht Sinn und wird vom Gemeinderat unterstützt.

Punkt 2 in der Motion fordert, dass die Gemeinde die Eigentümerschaft von Häusern motiviert, die Dienstleistungen der regionalen Energieberatungsstelle in Anspruch zu nehmen. Die aufgeführten Zahlen im Bericht und Antrag zeigen, dass das Angebot eher zurückhaltend genutzt wird und daraus schliessen wir, dass es möglicherweise noch zu wenig bekannt ist. Der Gemeinderat ist bereit, dies mit einer verstärkten Information, wie in Punkt 1 beschrieben, zu ändern.

Weiter verlangt Punkt 2, dass die Gemeinde die Kosten von einer einmaligen Beratung vor Ort übernimmt. Der Gemeinderat unterstützt dieses Anliegen im Grundsatz, aber nicht vollumfänglich. Für Erstberatungen vor Ort soll künftig die Hälfte der Kosten von der Gemeinde übernommen werden.

Die andere Hälfte soll durch die Eigentümerschaft getragen werden. Warum? Damit will der Gemeinderat verhindern, dass "kostenlose" Beratungen in Anspruch genommen werden, ohne dass eine konkrete Absicht besteht, wirklich Massnahmen umzusetzen. Somit wären diese "gratis" Beratungen wirkungslos. Den Selbstbehalt sieht der Gemeinderat eben als Anreiz.

Stefan Stock (FDP): Die FDP-Fraktion begrüsst den Willen des Gemeinderats, die nationalen Klimaziele anzuerkennen und somit auf Gemeindeebene die Verantwortung für eine Reduktion des CO₂-Ausstosses zu übernehmen. Geschätzte Damen und Herren, ihr wisst alle: Die Schweiz ist vor allem durch innovative Ideen wohlhabend geworden und die KMU sind das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Öl und Gas werden hingegen importiert und diese Technologie befindet sich am Ende des Zyklus. Im Bereich der erneuerbaren Energien haben wir Pioniere in der Schweiz, ja sogar im Kanton Bern. Und ja, der Klimawandel kostet etwas. Aber diese Kosten werden zu einer Investition in die

Zukunft, wenn wir sie als Chance ansehen und durch Gemeinde-Massnahmen Wertschöpfung vor Ort und somit für das lokale Gewerbe schaffen. Nutzen wir also die Freiheit der Gemeindeautonomie, anstatt uns hinter den Bestimmungen des Bundes und des Kantons zu verstecken. Denn auch das wisst ihr: Menschen reagieren auf Anreize. Mit einer vergleichsweise bescheidenen Unterstützung kann die Gemeinde hier womöglich private Investitionen anschieben. Und da auch wir von der FDP-Fraktion effiziente Lösungen bevorzugen, ist eine Mehrheit sogar für die Übernahme der Gesamtkosten. Wir empfehlen daher, die Motion für erheblich zu erklären.

Michael Fust (SP): Vieles wurde schon gesagt und ich werde mich daher kurzhalten. Ich möchte dem Gemeinderat danken, dass er die Motion aus der überparteilichen Klimagruppe wohlwollend aufgenommen hat. Und es scheint mir auch sehr wichtig. Der Gebäudebereich ist in der Schweiz für rund 25 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Rund 2/3 der Gebäude werden fossil beheizt und das ist das Besorgnis erregende. Im Falle eines Heizungsersatzes werden wiederum in 2/3 der Fälle bestehende fossile Heizungen durch fossile Heizungen ersetzt.

So werden also Chancen verpasst, mit einer einmaligen Investition in einen zukunftsfähigen Energieträger einen substantiellen Beitrag zur CO₂-Reduktion zu leisten. Dies ist insbesondere problematisch, da ein neues Heizsystem mindestens 20 Jahre in Betrieb ist. Mittlerweile gibt es eine Vielzahl von bewährten Alternativen. An Alternativen fehlt es also nicht, sehr wohl aber an der Information. Oft sind Hausbesitzer nur ungenügend informiert. Sehr oft wendet man sich für den Heizungsersatz an den bisherigen Installateur. Und dieser wird in vielen Fällen dazu raten, wiederum ein gleiches Heizsystem einzubauen. Dem kann durch eine gute Beratung durch eine unabhängige Stelle wirksam begegnet werden.

Wir freuen uns, dass der Gemeinderat künftig seine Informationstätigkeit verstärken will. Wir freuen uns auch, dass der Gemeinderat sich bereit erklärt hat, Kosten zu übernehmen. Gleichzeitig finden auch wir es unverständlich, dass der Gemeinderat die Kosten nur zur Hälfte übernehmen will. Damit bleibt man aus unserer Sicht auf halbem Wege stehen, obschon die Kosten ja überschaubar sind und zugleich schafft man sich damit im Vergleich zu einer vollen Übernahme wiederum einen administrativen Mehraufwand. Ich bitte den Gemeinderat daher auch, im Namen der SP-Fraktion, dies zu überdenken und eine vollständige Kostenübernahme ins Auge zu fassen. Wir werden der Motion auch zustimmen.

Niklaus Marthaler (SVP): Wie in der Antwort des Gemeinderats zu lesen ist, hat dieser Anstrengungen bezüglich Information der Bevölkerung in den Klima-, Umwelt-, und Energiebereichen bereits vorgenommen. Ein weiterer Schritt soll mit der Erheblicherklärung der Motion Koch getätigt werden. Was nichts kostet ist nichts wert. Wie der Gemeinderat finden auch wir es vernünftig, dass der Interessierte die Hälfte der Beratungskosten selber übernehmen soll. Die Fraktion der SVP wird der Erheblicherklärung der Motion mehrheitlich zustimmen.

Mario Morger (gip): Ich möchte nur ganz kurz der Klimagruppe danken für die diversen Vorstösse, die am Laufen sind und nun etwas Bewegung in die Thematik bringen. Grundsätzlich möchte ich auch die Sichtweise des Gemeinderats bestätigen und unterstützen. Es ist sicher wichtig, dass man mehr informiert. Sehr viele Hauseigentümer sind nicht gut informiert. Die haben dann auch bestimmte Planungen, in Unkenntnis bestimmter energetischer Überlegungen, zu treffen. Dort ist sicher auch die Gemeindeverwaltung mit regelmässigen Informationsveranstaltungen gefordert und das wird begrüsst, wie z. B. zum Thema Wärmeverbund. Der erste Punkt der Motion unterstütze auch ich persönlich. Beim zweiten Punkt bin ich auf der Linie des Gemeinderats, einfach aus der Überlegung, man spricht von Wohneigentümern. Wohneigentümer sind die, welche im Einkommens- und Vermögensbereich im oberen Segment sind, das sind wohlhabende Einwohner und ich möchte einfach sagen, die Fr. 150.00, die hat noch jeder. Ich bin nicht der Meinung, dass jemand deswegen die Beratungsleistung nicht in Anspruch nimmt. Insofern mein Anliegen, dass man einen Beitrag der Wohneigentümer erwartet.

Raymond Känel (BDP): Auch ich bin wie der Gemeinderat der Meinung, Mario hat es auch gesagt: Fr. 150.00 sollte man sich leisten können. Und ja, was nichts kostet ist nichts wert. Ich finde es richtig, hat der Gemeinderat diese Lösung gewählt.

Beschluss

Die Motion Beat Koch (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Gemeinsam gegen den Klimawandel: Informationsoffensive der Gemeinde zur CO₂-Reduktion in Zollikofen" wird erheblich erklärt (30 Stimmen für Erheblicherklärung, 1 Stimme dagegen).